

Zusammenfassung der eingereichten Rückmeldung

Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen im Rahmen der Überprüfung 2025

Eröffnung	28.01.2026
Frist der Einreichung	28.04.2026
Zuständiges Departement	Bundeskanzlei (BK)
Zuständige Bundesstelle	Bereich Bundeskanzler (BK)
Zuständige Organisation	Sektion Recht
Adresse	Bundesgasse 1, 3003, Bern
Projektseite	https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2025/97/cons_1
Kontaktperson	Caroline Gachet (recht@bk.admin.ch)
Telefon	+41 58 483 95 97

Kontakt Information der einreichenden Stelle

Name (Firma/Organisation)	scienceindustries
Zuständige Stelle	--
Adresse	Nordstrasse 15, 8006 Zürich
Kontaktperson Vorname	Anne Cécile
Kontaktperson Name	Vonlanthen
Telefonnummer (Rückfragen)	+41443681744
Eingereicht am	--

Rückmeldung zu: Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen im Rahmen der Überprüfung 2025: Bundesgesetz über die Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen im Rahmen der Überprüfung 2025

Erlass Nr.1 Generelle Stellungnahme

Rückmeldung zur Gesamtvorlage	Eher Ablehnung
Begründung	<p>Scienceindustries ist durch die vorgesehene Auflösung der Eidgenössischen Kommission für Pandemievorbereitung (EKP), des Schweizer Wissenschaftsrats wie der Fachkommission für die VOC-Lenkungsabgabe direkt oder indirekt betroffen. Scienceindustries lehnt die vorgesehene Auflösung der EKP, der Fachkommission für die VOC-Lenkungsabgabe, wie auch des Wissenschaftsrates klar ab.</p> <p>Zur vorgesehenen Auflösung eidgenössischen Fachkommission für Pandemievorsorge hält scienceindustries als grundlegende Position fest: Der Entscheid, die EKP zur Abschaffung vorzuschlagen ist nicht zuletzt aus den Erkenntnissen aus der letzten Pandemie (COVID-19) nicht nachvollziehbar.</p> <p>Der Vorschlag zur Abschaffung und seine Begründung zeigen vielmehr auf, dass die Personen, die diese Kommission zur Abschaffung vorgeschlagen haben, offensichtlich kaum mit den Aufgaben vertraut sind, deren sich die Kommission in den letzten Jahren angenommen hat. Nicht nur wurde der ursprünglich ausschliesslich auf Influenza Pandemien ausgelegte Pandemieplan komplett neu aufgestellt, inhaltlich auf ansteckende Krankheiten ausgeweitet und technisch ganz neu aufgesetzt um die Benutzung z.B. bei den mit dem Vollzug der zugrunde liegenden Gesetzgebung betrauten Kantonsorganen eine grössere Benutzerfreundlichkeit zu erzielen. Diese wichtige Leistung der EKP wurde offensichtlich in den Überlegungen, die zum Vorschlag der Abschaffung führte, ungenügend berücksichtigt. Der Pandemieplan wird auch in Zukunft weiter verbessert und aktualisiert, neue Erkenntnisse werden eingearbeitet. Deshalb braucht es die EKP auch in Zukunft. In Ergänzung dazu ist die Kommission ein wichtiges Gremium, in dem Wissenschaft, gesundheitsversorgerische Praxis, Bundesorgane wie BAG, Armeepothek und Institut für Viruserkrankungen und Immunprophylaxe sowie Kantonsärztliche Dienste, kantonale Gesundheitsdirektoren, FMH aber auch die Versorger von Diagnostika und Medikamenten abseits von akuten Krisenlagen daran arbeiten, die Auswirkungen von auftretenden Krisen besser handhabbar zu halten als in der Vergangenheit.</p> <p>Zur vorgesehenen Auflösung der Fachkommission zur VOC Lenkungsabgabe hält scienceindustries als grundlegende Position fest: Die VOC Lenkungsabgabe besteht trotz verschiedener parlamentarischer Vorstösse zu ihrer Abschaffung nach wie vor weiter und es ist davon auszugehen, dass dies trotz jüngster Anstrengungen des Parlamentes auf absehbare Zukunft so bleiben wird. So lange die VOC Lenkungsabgabe, festgelegt durch die entsprechenden Paragraphen in Umweltschutzgesetz und VOC Verordnung, rechtskräftig existiert, wird eine institutionalisierte Plattform wie die Fachkommission dringend benötigt. Unter anderem ist es nötig, dass der Austausch zwischen Bundesbehörden, kantonalen Vollzugsstellen und betroffener Industrie die technischen Fragestellungen zur VOCV frühzeitig diskutieren können, Vollzugsfragen besprechen können, oder für die Weiterentwicklung z.B. bezüglich der Definition von "Stand der Technik" die neusten Erkenntnisse der Industrie einbringen können. Ohne den Fortbestand der Fachkommission ist die angemessene Beratung des Bundesrates gefährdet und dies birgt aus Sicht der Industrie ein hohes Risiko für regulatorische Fehlentwicklungen. Aus Sicht von scienceindustries kann der Vorschlag zur Auflösung nicht aus Spargründen erfolgen. Die Existenz der Kommission kostet den Bund mit Ausnahme von Sitzungsgeldern und Bahnspesen nichts – die von der Kommission erledigte Arbeit muss aber dennoch ausgeführt werden, fehlen würde bloss ein angemessener Rahmen, was zu grösserer Rechtsunsicherheit bei den betroffenen Industrien führen würde. Scienceindustries erklärt sich bereit, wenn es dem Erhalt der Kommission dient, auf die Erstattung von Spesen und Sitzungsgelder zu verzichten.</p> <p>Zur vorgesehenen Auflösung des Schweizerischen Wissenschaftsrates hält scienceindustries als grundlegende Position fest: scienceindustries sieht Wissenschaft und Fakten als Basis für politische Entscheide.</p>

Wissenschaftliche Evidenz muss die zentrale Grundlage politischer Entscheide sein. Eine fundierte, unabhängige wissenschaftliche Beratung und Guidance ist ein tragender Pfeiler einer verantwortungsvollen und zukunftsgerichteten Politikgestaltung. Vor diesem Hintergrund sehen wir die geplante Auflösung des Schweizerischen Wissenschaftsrats kritisch. Das institutionalisierte Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik bleibt langfristig unverzichtbar – insbesondere in einer Zeit, in der viele politische Debatten und gesellschaftliche Herausforderungen stark ideologisch geprägt sind. Gerade dann braucht es verlässliche, methodisch saubere Evaluationen und faktenbasierte Einordnungen.

Für innovationsgetriebene Branchen wie Chemie Pharma Life Sciences ist ein stabiles, glaubwürdiges System wissenschaftlicher Politikberatung von hoher Bedeutung. Es stärkt die Qualität von Regulierung, erhöht die Planungssicherheit und fördert nachhaltige Innovationskraft. Entsprechend sollte sichergestellt werden, dass wissenschaftliche Expertise weiterhin strukturiert und unabhängig in politische Entscheidungsprozesse eingebunden bleibt. Der SWR deckt insbesondere den langfristigen strategischen Blickwinkel, währenddessen Evaluationen Dritter bzw. bundesinterner Einheiten als komplementär und nicht substitutiv anzusehen sind.

Die Schweiz steht vor komplexen technologischen und gesellschaftlichen Umbrüchen. In diesem Umfeld ist ein unabhängiger Schweizer Wissenschaftsrat (SWR) als strategisches Beratungsorgan des Bundesrates unverzichtbar. Eine Auflösung würde ein gefährliches Vakuum hinterlassen, in dem Expertise nur noch innerhalb der Verwaltung existiert oder über externe Mandate (teuer) eingekauft würde. Wir bekennen uns zur Stärkung des SWR, um seine Rolle als kritisches Korrektiv und strategischer Kompass für die Zukunft weiter auszubauen.

Wissenschaftliche Politikberatung ist kein rein administrativer Akt. Während die Verwaltung operative Aufgaben übernimmt, benötigt die strategische Architektur (Policy for Science) wissenschaftliche Weitsicht zur Antizipation globaler Trends und tiefgreifende Marktinformationen, um die Relevanz der Forschung für den Standort Schweiz zu sichern. Da diese spezifischen Ebenen in der klassischen Bundesverwaltung fehlen, ist der SWR die einzige Garantie für eine zukunftsorientierte BFI-Politik.

Wissenschaftliche Politikberatung verliert ihren Wert, wenn sie administrativ gesteuert oder auf reine Ad-hoc-Beratungsgremien reduziert wird. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, die Relevanz dieser „unabhängigen Stimme“ gegenüber einem zunehmend kostenbewussten Departement zu verteidigen. Ein starker SWR ist ein strategischer Standortvorteil, der sicherstellt, dass die Schweiz nicht nur auf Krisen punktuell reagiert, sondern die Zukunft aktiv gestaltet.

scienceindustries empfiehlt den Erhalt des SWR; eine Auflösung wird abgelehnt. Ein starker Forschungsstandort braucht eine unabhängige Instanz, die Politik und Verwaltung kritisch und kompetent begleitet. Um diese unverzichtbare Rolle noch effektiver wahrzunehmen, unterstützt scienceindustries gezielte Optimierungen:

Expertise-Fokus: Die Zusammensetzung sollte durch Experten aus Life Sciences und der (internationalen) Industrie gestärkt werden. Dabei sollten neue Partizipationsmodelle den zeitlichen Ressourcen von Industrieexperten Rechnung tragen.

Effizienz im System: Ein personell gestärkter SWR ist das ideale Gremium, um das Zusammenspiel der grossen Akteure (ETH, SNF, Innosuisse) kritisch zu begleiten und Silo-Denken aufzubrechen.

Erlass Nr.1 Detaillierte Stellungnahme

Titel	Art. 57a Abs. 1 (SR 172.010)
Akzeptanz	Zustimmung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	Grundlegende Zustimmung zu den Ergänzungen/ Präzisierungen der Aufgaben unter 1.b und 1c.
Anhang	

Titel	Art. 57gbis Kommunikation (SR 172.010)
Akzeptanz	Enthaltung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	Generell sollten ausserparlamentarische Kommissionen Freiheiten in der Kommunikation mit dem Parlament geniessen können und nicht an die Regierungsbehörden gebunden sein.
Anhang	

Titel	Art.13 Bst. H (SR 414.20)
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Art. 13 Bst. h soll weiterhin bestehen.
Begründung	Das komplexe Schweizer Bildungssystem profitiert vom SWR als unabhängige, fachlich besetzte und langfristig denkende Instanz, die das Gesamtsystem über Einzelinteressen und kurzfristige Politik hinaus im Blick behält.
Anhang	

Titel	Art. 44 Abs. 2 und 3 (SR 420.1)
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Art. 44 Abs. 2 und 3 sowie Art. 55 (im Grundsatz) sollen weiterhin bestehen. Art. 54 soll im Grundsatz weiterhin gelten. Er darf dadurch ergänzt werden, dass neben oder fallweise auch anstelle von Stellungnahmen und Evaluationen des SWR auch Evaluationen Dritter in Auftrag gegeben werden können.
Begründung	scienceindustries fordert, dass politische Entscheide konsequent auf wissenschaftlicher Evidenz basieren und sieht den SWR als zentralen Pfeiler einer unabhängigen, langfristigen Politikberatung. Der Rat sichert Systemüberblick, Qualität staatlicher Forschungsinvestitionen und stabile Rahmenbedingungen für den BFI-Bereich. Eine Auflösung würde aus Sicht der Branche den Forschungsstandort und die faktenbasierte Politik schwächen. Der SWR deckt insbesondere den langfristigen strategischen Blickwinkel, währenddessen Evaluationen Dritter bzw. bundesinterner Einheiten als komplementär und nicht substitutiv anzusehen sind.
Anhang	

Titel	6. Kapitel (Art. 54 und 55) (SR 420.1)
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Art. 44 Abs. 2 und 3 sowie Art. 55 (im Grundsatz) sollen weiterhin bestehen. Art. 54 soll im Grundsatz weiterhin gelten. Er darf dadurch ergänzt werden, dass neben oder fallweise auch anstelle von Stellungnahmen und Evaluationen des SWR auch Evaluationen Dritter in Auftrag gegeben werden können.
Begründung	scienceindustries fordert, dass politische Entscheide konsequent auf wissenschaftlicher Evidenz basieren und sieht den SWR als zentralen Pfeiler einer unabhängigen, langfristigen Politikberatung. Der Rat sichert Systemüberblick, Qualität staatlicher Forschungsinvestitionen und stabile Rahmenbedingungen für den BFI-Bereich. Eine Auflösung würde aus Sicht der Branche den Forschungsstandort und die faktenbasierte Politik schwächen. Der SWR deckt insbesondere den langfristigen strategischen Blickwinkel, währenddessen Evaluationen Dritter bzw. bundesinterner Einheiten als komplementär und nicht substitutiv anzusehen sind.
Anhang	

Rückmeldung zu: Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen im Rahmen der Überprüfung 2025: Verordnung über die Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen im Rahmen der Überprüfung 2025

Erlass Nr.2 Generelle Stellungnahme

Rückmeldung zur Gesamtvorlage	Eher Ablehnung
Begründung	<p>Scienceindustries ist durch die vorgesehene Auflösung der Eidgenössischen Kommission für Pandemievorbereitung (EKP), des Schweizer Wissenschaftsrats wie der Fachkommission für die VOC-Lenkungsabgabe direkt oder indirekt betroffen. Scienceindustries lehnt die vorgesehene Auflösung der Fachkommission für die VOC-Lenkungsabgabe, der EKP wie auch des Wissenschaftsrates klar ab.</p> <p>Für die ausführliche generelle Stellungnahme wird auf die Rückmeldung zum Bundesgesetz verwiesen.</p>
Anhang	

Erlass Nr.2 Detaillierte Stellungnahme

Titel	Anhang 2 Ziff. 1.1 (SR 172.010.1)
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Verzicht auf Streichung des Schweizer Wissenschaftsrates (SWR)
Begründung	<p>Scienceindustries lehnt die Streichung des Schweizer Wissenschaftsrates (SWR) ab.</p> <p>Für innovationsgetriebene Branchen wie Chemie Pharma Life Sciences ist ein stabiles, glaubwürdiges System wissenschaftlicher Politikberatung von hoher Bedeutung. Es stärkt die Qualität von Regulierung, erhöht die Planungssicherheit und fördert nachhaltige Innovationskraft. Entsprechend sollte sichergestellt werden, dass wissenschaftliche Expertise weiterhin strukturiert und unabhängig in politische Entscheidungsprozesse eingebunden bleibt. Der SWR deckt insbesondere den langfristigen strategischen Blickwinkel, währenddessen Evaluationen Dritter bzw. bundesinterner Einheiten als komplementär und nicht substitutiv anzusehen sind.</p> <p>Die Schweiz steht vor komplexen technologischen und gesellschaftlichen Umbrüchen. In diesem Umfeld ist ein unabhängiger Schweizer Wissenschaftsrat (SWR) als strategisches Beratungsorgan des Bundesrates unverzichtbar. Eine Auflösung würde ein gefährliches Vakuum hinterlassen, in dem Expertise nur noch innerhalb der Verwaltung existiert oder über externe Mandate (teuer) eingekauft würde.</p>
Anhang	

Titel	Anhang 2 Ziff. 1.3 (SR 172.010.1)
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Verzicht auf Streichung der Eidgenössischen Kommission für Pandemievorbereitung sowie der Fachkommission für die VOC-Lenkungsabgabe.
Begründung	<p>Scienceindustries lehnt die Streichung der Eidgenössischen Kommission für Pandemievorbereitung sowie der Fachkommission für die VOC-Lenkungsabgabe ab.</p> <p>Der Entscheid, die EKP zur Abschaffung vorzuschlagen ist nicht zuletzt aus den Erkenntnissen aus der letzten Pandemie (COVID-19) nicht nachvollziehbar. Nicht nur wurde der ursprünglich ausschliesslich auf Influenza Pandemien ausgelegte Pandemieplan komplett neu aufgestellt, inhaltlich auf ansteckende Krankheiten ausgeweitet und technisch ganz neu aufgesetzt um die Benutzung z.B. bei den mit dem Vollzug der zugrunde liegenden Gesetzgebung betrauten Kantonsorganen eine grössere Benutzerfreundlichkeit zu erzielen. Diese wichtige Leistung der EKP wurde offensichtlich in den Überlegungen, die zum Vorschlag der Abschaffung führte, ungenügend berücksichtigt. Der Pandemieplan wird auch in Zukunft weiter verbessert und aktualisiert, neue Erkenntnisse werden eingearbeitet. Deshalb braucht es die EKP auch in Zukunft. In Ergänzung dazu ist die Kommission ein wichtiges Gremium, in dem Stakeholder aus allen relevanten Feldern abseits von akuten Krisenlagen daran arbeiten, die Auswirkungen von auftretenden Krisen besser handhabbar zu halten als in der Vergangenheit.</p> <p>So lange die VOC-Lenkungsabgabe, festgelegt durch die entsprechenden Paragraphen in Umweltschutzgesetz und VOC Verordnung, rechtskräftig existiert, wird eine institutionalisierte Plattform wie die Fachkommission dringend benötigt. Unter anderem ist es nötig, dass der Austausch zwischen Bundesbehörden, kantonalen Vollzugsstellen und betroffener Industrie die technischen Fragestellungen zur VOCV frühzeitig diskutieren können, Vollzugsfragen besprechen können, oder für die Weiterentwicklung z.B. bezüglich der Definition von "Stand der Technik" die neusten Erkenntnisse der Industrie einbringen können. Ohne den Fortbestand der Fachkommission ist die angemessene Beratung des Bundesrates gefährdet und dies birgt aus Sicht der Industrie ein hohes Risiko für regulatorische Fehlentwicklungen.</p>
Anhang	

Titel	Art. 6 Abs. 1
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Rückeführung des bestehenden Zusatzes: "Es kann zudem eine Stellungnahme des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) einholen." inkl. neuem Zusatz: "Es kann zudem zur Beurteilung externe Experten beziehen."
Begründung	Der SWR deckt insbesondere den langfristigen strategischen Blickwinkel, währenddessen Evaluationen Dritter bzw. bundesinterner Einheiten als komplementär und nicht substitutiv anzusehen sind.
Anhang	

Titel	Art. 13 Abs. 5 Bst. e (SR 420.11)
Akzeptanz	Zustimmung mit Anpassung
Anpassungen / Gegenvorschlag	e. " holt es die Stellungnahme des SWR hinsichtlich der Gesamtbewertung der Vorhaben ein" und "es kann für die Gesamtbeurteilung von Projekten auf externe Expertise zurückgreifen."
Begründung	Der SWR deckt insbesondere den langfristigen strategischen Blickwinkel, währenddessen Evaluationen Dritter bzw. bundesinterner Einheiten als komplementär und nicht substitutiv anzusehen sind.
Anhang	

Titel	Art. 55 Abs. 2 (SR 420.11)
Akzeptanz	Zustimmung mit Anpassung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Zusatz "sowie bei Bedarf den SWR" soll restituiert werden.
Begründung	Bei Bedarf sollte auch der SWR als strategisches Organ des BFI-Bereichs konsultiert werden.
Anhang	

Titel	8. Kapitel (Art. 61) (SR 420.11)
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Restitution des Art. 61
Begründung	Das komplexe Schweizer BFI-System profitiert vom SWR als unabhängige, fachlich besetzte und langfristig denken-de Instanz, die das Gesamtsystem über Einzelinteressen und kurzfristige Politik hinaus im Blick behält. Geschäftsstelle und Mittelzuteilung können durch den Bundesrat bzw. das SBFI bestimmt werden.
Anhang	

Titel	Art. 5 (SR 814.018)
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Beibehaltung von Art. 5 und damit Verzicht auf Auflösung der Fachkommission für die VOC-Lenkungsabgabe.
Begründung	So lange die VOC-Lenkungsabgabe, festgelegt durch die entsprechenden Paragraphen in Umweltschutzgesetz und VOC Verordnung, rechtskräftig existiert, wird eine institutionalisierte Plattform wie die Fachkommission dringend benötigt. Unter anderem ist es nötig, dass der Austausch zwischen Bundesbehörden, kantonalen Vollzugsstellen und betroffener Industrie die technischen Fragestellungen zur VOCV frühzeitig diskutieren können, Vollzugsfragen besprechen können, oder für die Weiterentwicklung z.B. bezüglich der Definition von "Stand der Technik" die neusten Erkenntnisse der Industrie einbringen können. Ohne den Fortbestand der Fachkommission ist die angemessene Beratung des Bundesrates gefährdet und dies birgt aus Sicht der Industrie ein hohes Risiko für regulatorische Fehlentwicklungen.
Anhang	